

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags
an letztem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt
„Pfeilerbilder“ und „Allgemeine Wälder-Zeitung“

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.20
: (ohne Trägerlohn oder Postgebühren.)
: Inseratenpreis pro sechsstelliger Zeile 15 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Estienne in Oestrich.
Fernsprecher No. 88

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel und Umgebung

No. 7

Dienstag, den 15. Januar 1918

69. Jahrgang

Öffentlicher Teil.

An die Herren Bürgermeister des Kreises! Einschränkung der Bautätigkeit.

Ich weise wiederholt darauf hin, daß nach Anordnung der Kriegsdienststelle Frankfurt a. M. Bauten nur dann errichtet werden dürfen, wenn die Kriegsdienststelle hierzu vorher die Genehmigung erteilt hat. Diese Genehmigung ist von dem Bauherrn auf dem von der Kriegsdienststelle zu beziehenden Formular von der Kriegsdienststelle einzuholen, bevor das Baugesuch mit als Baupolizeibehörde vorgelegt wird. Eine Anmeldung des Bauvorhabens bei der Kriegsdienststelle ist nur in den Fällen nicht erforderlich, in denen für Bauarbeiten kein Eisen (Träger, Stäbeisen, Nägel), kein Zement, keine Dachpappe benötigt, keine Bahnantransporte erforderlich und keine militär- und hilfsdienstpflichtigen Arbeiter beschäftigt werden, wenn die Gesamtkosten für diese Arbeiten den Betrag von 5000 Mk. nicht übersteigen und für die betreffende Bauausführung wichtige öffentliche oder private Interessen maßgebend sind. In diesen Fällen ist nur meine Genehmigung erforderlich.

Mädelsheim a. Rh., den 2. Januar 1918.

Der Königliche Landrat.

Warenumsatzstempel.

Wie machen darauf aufmerksam, daß die Frist zur Anmeldung des Warenumsatzes für das Kalenderjahr 1917 Ende dieses Monats abläuft.

Jur Anmeldung verpflichtet ist, wer im Inlande ein stehendes Gewerbe betreibt und für die in diesem Gewerbebetrieb geleisteten Waren Zahlungen oder sonstiges Entgelt im Gesamtbetrage von mehr als 3000 Mk. im Jahre erhalten hat.

Als Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, des Weinbaues, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues. Dem Betrieb eines stehenden Gewerbes steht der Gewerbebetrieb im Umherziehen und der Wanderlagerbetrieb gleich, wenn der Gewerbebetreibende im Inlande wohnt und die Waren im Inlande abgesetzt sind. Auch Vereine, Gesellschaften oder Genossenschaften — einerlei, ob sie nur an eigene Mitglieder liefern oder nicht, sind zur Anmeldung verpflichtet. Die Anmeldung zur Entziehung des Warenumsatzstempels kann nach 3 Arten erfolgen:

1. Angabe der im abgelaufenen Kalenderjahre eingegangenen Zahlungen (oder des empfangenen sonstigen Entgelts), gleichviel, ob die bezahlten Waren in dem letzten Kalenderjahre geliefert wurden oder schon vorher. Ein eingetragener Wechsel gilt erst dann als Zahlung, wenn er eingekauft oder durch Diskontierung zu Geld gemacht wird.
2. Angabe des Gesamtbetrages der im Kalenderjahre geleisteten Waren, gleichviel, wann die Zahlung dafür eingegangen ist oder noch eingeht. Es bleibt dem Steuerpflichtigen überlassen, welchen Weg der Anmeldung er wählen will. An die einmal gewählte Art der Anmeldung ist der Steuerpflichtige gebunden und darf hiervon nur nach vorher eingeholter Genehmigung abweichen.
3. Schätzungswegige Angabe der eingegangenen Zahlungen. Diese Art der Angabe ist nur für solche Betriebe zulässig, in denen eine genaue Buchführung nicht besteht und sonstige Unterlagen für die genaue Berechnung fehlen.

Anmeldeformulare sind auf den Bürgermeistereien zu haben. Die Anmeldungen aus den Landgemeinden des Kreises sind an den Kreisaußschuß zu richten. Mündliche Erklärungen werden auf Zimmer No. 10 des Kreishauses hier selbst, vormittags von 9—12 Uhr entgegengenommen.

Mit der Anmeldung ist gleichzeitig die Steuer zu entrichten und zwar an die Kreisfiskusverwaltung hier selbst.

Die Steuer beträgt eins vom Hundert des auf volle 100 Mk. nach unten abgerundeten Umsatzes, also aus 1000 Mk.: 1 Mk.; aus 500 Mk.: 50 Pfg.; aus 7435 Mk.: 7.40 Mk.

Wer die Anmeldung unterläßt oder über die empfangenen Zahlungen oder Leistungen unrichtige Angaben macht, hat eine Geldstrafe zu erwarten, welche dem zwanzigfachen Betrage der hinterlassenen Angabe gleichkommt. Kann der Betrag der hinterlassenen Angabe nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 150 bis 3000 Mk. ein.

Mädelsheim a. Rh., den 8. Januar 1918.

Der Kreisaußschuß des Rheingaukreises.

Saatgutverkehr.

Eine Reihe von Unternehmern hat sich Saatarten zum Bezuge von Getreide zu stellen lassen, ohne daß bisher der der Saatarten anhängende Abschnitt B oder C hierher eingesandt wurde. Die Saatarten besteht aus 3 Abschnitten und zwar erhält der Abschnitt A der Saatgutlieferanten, der Abschnitt B ist von dem Saatgutlieferanten dem Kommunalverband, für den das Saatgut beschlagnahmt ist, einzureichen und der Abschnitt C ist von dem Saatgutlieferanten an denjenigen Kommunalverband zurückzusenden, der die Saatarten ausgestellt hat. Die im hiesigen Kreise vorhandenen Saatgutlieferanten werden hiermit aufgefordert, die Abschnitte B oder C bis zum 20. d. Mts. hierher einzusenden.

Mädelsheim a. Rh., den 8. Januar 1918.

Der Kreisaußschuß des Rheingaukreises.

Gültigkeit der Saatarten.

Die Verordnung über den Verkehr mit Getreide z. z. aus der Ernte 1917 zu Saatweizen ist dahin abgeändert worden, daß nur solche Saatarten Gültigkeit haben, die mit dem Dienstzettel und dem Prüfungsbericht des Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden versehen sind.

Die bereits ausgestellten Saatarten über Sommerweizen sind ungültig und zur Einholung des oben erwähnten Prüfungsberichtes z. z. bis zum 20. d. Mts. hierher wieder einzusenden.

Mädelsheim a. Rh., den 8. Januar 1918.

Der Kreisaußschuß des Rheingaukreises.

Die einmaligen Ergänzungsausschüsse für Schulweizen an leistungsschwachen Gemeinden gelangen in Kürze zur Verteilung. Die Magistrate und Herren Bürgermeister wollen etwa noch ausstehende Anträge nach Vornehmen mit dem Schulvorstande sofort einreichen.

Mädelsheim a. Rh., den 10. Januar 1918.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Die Herren Bürgermeister der Landgemeinden

machte ich darauf aufmerksam, daß die Liste der Gemeindeglieder und sonstigen Stimmberechtigten im laufenden Monat zu berichtigen und die Liste der Wahlabschlüssen in der Zeit vom 15. bis 30. Januar in einem vorher zur öffentlichen Kenntnis zu bringenden Räume auslegen ist (vergl. die §§ 9 und 27 der Landgemeindevorordnung vom 4. August 1897 und die Anweisung 1 zur Ausführung dieses Gesetzes).

Ob die Geltungsdauer der Allerhöchsten Verordnung, betr. die Sicherstellung des kommunalen Wahlrechtes der Kriegsteilnehmer vom 7. Juli 1915 (Gesetzsammlung Seite 111) auch auf das Jahr 1918 ausgedehnt werden wird, ist bis jetzt noch nicht bekannt.

Mädelsheim a. Rh., den 11. Januar 1918.

Der Königliche Landrat
als Vorsitzender des Kreisaußschusses.

Wichtige Besprechungen in Berlin.

Tatsachen und Gerüchte.

Aus dem breiten Gewirr von Informationen, unbewiesenen Behauptungen, Gegenbehauptungen und Mutmaßungen, die auch gestern Abend die Berliner Presse wieder füllten, seien hier einige der beachtenswerten zu einem Bilde vereinigt, das die hauptsächlichsten Strömungen und Wünsche der politischen Kreise erkennen läßt. Zunächst eine Feststellung der „Nord. Allg.-Ztg.“, die unter dem Titel: „Tatsachen und Gerüchte“ schreibt: Der Reichskanzler Graf Hertling hat in den letzten Tagen mehrfach seiner Majestät dem Kaiser Vortrag gehalten und zahlreiche Besprechungen gehabt. Eine vertrauensvolle Aussprache hat zwischen dem Kanzler und den zurzeit in Berlin anwesenden Generalführern stattgefunden. Die Mitteilungen über einen gekehrten einberufenen Kronrat sind unrichtig. Es liegen keine sachlichen Differenzen vor, die eine Entscheidung im Kronrat verlangten. Auch sonst gehen täglich unrichtige Nachrichten durch einzelne Blätter. So wird gemeldet, daß Staatssekretär v. Kühlmann und der Vizekanzler Graf Bernstorff in Berlin angekommen seien. Beide Angaben sind falsch.

Besprechungen beim Kaiser.

* Berlin, 15. Jan. B.Z.V. (Amtlich) Der Kaiser empfing gestern vormittags den Kronprinzen, den Reichskanzler Grafen von Hertling und den Generalfeldmarschall von Hindenburg. Ferner hörte er den Generalstabschef des Generalstabsmarschalls von Hindenburg und den Vortrag des Unterstaatssekretärs von dem Busche.

Abgrenzung der politischen und militärischen Leitung.

Die „Post“ schreibt unter der Überschrift „Beseitigung des inneren Meinungsstreits“ auf Grund zuverlässiger Informationen, daß eine Entscheidung in den östlichen Fragen jetzt gefallen sei. Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen der Leitung der auswärtigen Politik und der Heeresleitung bestanden haben, sind auf dem Weg völlig freier Aussprache beseitigt worden. Zugleich ist eine Demarkationslinie zwischen den Zuständigkeiten der beiden Ressorts vereinbart worden. Wenn, wie dies bei der Verschiedenheit der Aufgaben der Leitung der auswärtigen Politik und der Leitung der Kriegsführung in der Natur der Sache liegt, auch in der Folge Meinungsverschiedenheiten nicht völlig ausgeschlossen sind, so darf doch wohl gehofft werden, daß hiermit auch der Weg gefunden ist, um für die Folge die Leitung unserer Kriegs- und Friedenspolitik in vollem Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung zu sichern.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Bildung von Sonderkommissionen.

Brest-Litowsk, 12. Januar.

Im Sinne des in der gestrigen Vollversammlung gefaßten Beschlusses trafen Abordnungen der Delegationen Deutschlands, Österreich-Ungarns und Rußlands zu einer Besprechung zusammen. Es wurde vereinbart, daß die von der russischen Delegation am 27. Dezember 1917 vorgeschlagene Kommission zur Beratung der politischen und territorialen Fragen gebildet werden solle, und daß zugleich mit den Beratungen dieser Kommission Vorbesprechungen der Sachreferenten der einzelnen Delegationen über die Regelung der wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen stattfinden sollten. Es wurde des weiteren vereinbart, daß die erwähnte Kommission am 11. Januar vormittags 10 Uhr ihre Beratungen beginnen sollte.

Denin über die deutsch-russischen Handelsbeziehungen.

Nach einer Meldung des „Djelo Naroda“ erklärte Denin auf eine Anfrage des Verbandes der russischen Seeleute, daß es gänzlich ausgeschlossen sei, daß Rußland die Handelsbeziehungen nach Friedensschluß in der Form, wie sie vor dem Kriege bestanden, wieder aufnehmen werde. Weder der Handelsvertrag von 1904, noch der Vertrag mit der sogenannten „Weißbegünstigungsklausel“ werde den Rahmen für den neuen Handelsverkehr Rußlands bilden. Rußlands künftiger Handelsverkehr werde sich

einzig auf sozialistischen Grundfähen aufbauen. Eine besondere Kommission arbeite bereits an der Ausfertigung der gesetzlichen Grundlagen für diesen, auf sozialistischen Theorien basierenden Handelsverkehr. Der Rat der Volkskommissare verspreche sich von der konsequenten Durchführung der sozialistischen Grundfähen im internationalen Handelsverkehr Rußlands eine entsprechende Waffe im Kampf gegen den internationalen Kapitalismus.

OB Brest-Litowsk, 13. Jan. Zu Beginn der Besprechung am 12. erklärte Graf Czernin, daß der Vierbund die Ukraine als selbständige bevollmächtigte Vertretung anerkenne. Trotski schloß sich nach längerer Debatte dieser Erklärung an. Es kam dann zu längerer Auseinandersetzung zwischen General Hoffmann und Trotski, der behauptete, die Ausrufungen der russischen Presse wie der russischen Regierung könnten in keiner Weise durch die Bedingungen des Waffenstillstandes beschränkt werden.

Kritische Fragen in Brest-Litowsk.

Die Sitzungen in Brest-Litowsk am 11. und 12. Jan. haben sich außerordentlich dramatisch gestaltet. Ueber Berlin hatte man sich sehr rasch verständigt, nachdem sich Rußland verpflichtet hatte, seine Truppen so schnell als möglich aus Berlin zurückzuziehen. In diesem Zusammenhang wurde die Räumung aller besetzten Gebiete erörtert und hier gab sich ein schwer überbrückbarer Gegensatz zwischen den Russen und den Vertretern des Vierbundes. Man kann wohl sagen, daß es sich um die entscheidende Frage handelt. Die Russen wollen die in den besetzten Gebieten unter Zustimmung der Okkupationsmächte gewählten Verwaltungskörperschaften nur indirekt und unverbindlich anerkennen und verlangen, daß die Gebiete geräumt und demokratische Wahlen anberaumt werden.

Neue Finanzmaßnahmen in Rußland.

Die Staatsschuld für nötig erklärt.

Aus Moskau wird uns geschrieben: In Moskau, die die Petersburger Telegraphen-Agentur und das Reuterbureau in die Welt hinausgehen lassen, wird wieder einmal erklärt, daß der russische Staat finanziell seinen Bankrott anmeldet. Einestheils soll die Bezahlung von Kupons und Dividendenbesitzern als auf weiteres verboten sein, andererseits soll die russische Staatsschuld, soweit sie sich in ausländischer Währung befindet, völlig, soweit sie sich in russischen Währung befindet, zum größten Teil für ungültig erklärt werden, und schließlich soll der Handel mit Wertpapieren ganz allgemein verboten werden.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß die jetzt am Ruder befindliche Partei in Rußland, wenn sie könnte, derartige Pläne gern in die Wirklichkeit umsetzen würde, und es ist auch durchaus nicht unwahrscheinlich, daß der Rat der Volkskommissare tatsächlich ähnliche Beschlüsse fassen hat oder noch fassen wird, aber man darf nicht vergessen, daß auch für Rußland nach Abschluß des Krieges eine Zeit kommen wird, in der sich die Verhältnisse im Lande konsolidieren und in der es vor allem das Kapital des Auslandes brauchen wird. Deshalb ist es durchaus unwahrscheinlich, daß sich derartige Beschlüsse tatsächlich und im vollen Umfange in die Wirklichkeit umsetzen lassen können, ganz abgesehen davon, daß einzelne von ihnen, wie z. B. das Verbot des Wertpapierhandels selbst mit der größten Mühe gar nicht überbracht werden können. Für alle ausländischen Gläubiger des Landes werden ja die Vorgänge der letzten Jahre eine Warnung gewesen sein, die dahingehet, daß man den Besitz an russischen Werten keineswegs als vollwertig ansehen darf. Auf der anderen Seite sind aber auch die neuesten Beschlüsse durchaus nicht geeignet, in ernsthaft prüfenden Kreisen den Eindruck zu erwecken, als ob alle Forderungen an und in Rußland nun glatte Weg wertlos wären; man wird sich im Gegenteil zweifellos davor hüten müssen, angesichts derartiger Maßnahmen, die sich sicher noch oft wiederholen werden, den Kopf zu verlieren. Und was schließlich und vor allem die deutschen Besitzer russischer Werte angeht, da wird, das kann nur immer wieder betont werden, das letzte Wort über den Wert unserer Forderungen im Friedensvertrage gesprochen werden. Angesichts der deutlich ausgesprochenen Ansicht der deutschen Unterhändler, die privatrechtlichen Verhältnisse möglichst wieder so herzustellen, wie sie vor dem Kriege waren, ist sicher damit zu rechnen, daß auch für diese Forderungen in irgendeiner Weise vorgesorgt werden wird.

Einvernehmen zwischen Finnland und Petersburg.

Wie aus Stockholm unterrichteten Kreisen berichtet wird, besteht zwischen dem finnischen Senat als vorläufiger Regierung Finnlands und der Petersburger Volkskommissarregierung das beste Einvernehmen, nachdem es in den letzten Tagen gelungen ist, gewisse Mißverständnisse über die gegenseitigen Absichten auf Einmischung in die inneren Verhältnisse des Nachbarstaates wegzuräumen.

Wieder eine neue Republik.

Aus Rostow wird gemeldet, daß in diesen Tagen die Verkündigung einer unabhängigen Republik der Donregion erfolgt wird. Bei der Kabinettsbildung wird Kaledin vermutlich den Vorsitz und das Kriegsministerium übernehmen.

Die verrufenen Bundesgenossen.

* Die russische Kolonie in Kaufman erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß die Russen in Frankreich von der Bevölkerung außerordentlich schlecht behandelt und in Verfall geraten sind. Das Leben für sie ist gegenwärtig in Frankreich ein wahres Martyrium. Dazu sind Nachrichten eingelaufen, daß auch neuerdings wieder unter den Mannschaften der russischen Hilfstruppen, die in Frankreich isoliert gehalten werden, zahlreiche Entweichungen vorgenommen wurden.

Schreckensherrschaft in Estland.

Die Rigauer lettische Zeitung veröffentlicht einen Artikel, der sich mit den Zuständen aus dem estländischen Gebiet hinter der russischen Front befaßt. Der Artikel spricht die schlimmsten Befürchtungen aus und schließt: Was kann der Einwohner an einer Selbstbestimmung für Interesse haben, wenn er ausgeraubt, zum Bettler gemacht oder gar abgeschlachtet wird. Hauptächlich bedarf er der Sicherheit für Leben, Leib und Eigentum. Wofür ist denen, die die Macht haben, eigentlich das Schwert gegeben? Soll man warten, bis die baltischen Provinzen zur Einöde gemacht sind, die sich in der Gewalt von Deserturen und entlassenen Sträflingen befinden? Wir haben deshalb nur einen Ruf, eine Bitte: Unversöhnlich strenge Schritte der Militärmacht zum Schutz gegen Gewalttätigkeit.

Keine Verfassungsgebende Versammlung.

Kopenhagen, 12. Jan. Diese Blätter berichten, daß die Volkswirtschaftsregierung beschloß, keine Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Der Generalkongress der Sowjets, der am 21. Januar zusammentritt, soll als Nationalkongress tagen.

Russisches Nationaleigentum.

Petersburg, 12. Jan. Die Volkskommission haben ein Dekret erlassen, das alle Einrichtungen des Verbandes der allrussischen Semstwo zum Eigentum der Russischen Republik erklärt.

Neue russische Steuerquellen.

Sankt, 12. Jan. Reuter meldet aus Petersburg: Der maximalistische Gemeinderat hat beschloß, alle Privatwagen mit einer Steuer von 500 Rubeln und alle Werbe mit je 500 Rubeln jährlich zu besteuern. Für Automobile wurde eine Steuer von 150 Rubeln pro Werbestunde eingeführt. Segelflachten werden mit 1000 Rubeln jährlich, öffentliche Auktionen mit 20% besteuert.

Kalebins Vollmachten für Brest-Litowsk.

Russische Grenz, 12. Jan. „Dien“ meldet, daß Kalebin den ukrainischen Unterhändlern in Brest-Litowsk Vollmachten zur Vertretung der baltischen Militärregierung gegeben habe. Die Kossaken hätten sich durchweg für Beendigung des Krieges ausgesprochen.

Betrügereien gegen die russische Staatsbank.

Amsterdam, 12. Jan. Der „Times“ wird aus Petersburg mitgeteilt, daß die russische Staatsbank bei der letzten Ummünzung durch gefälschte Zahlungsbefehle um riesenhafte Summen betrogen worden sei. Auf eine dieser Zahlungsbefehle wurden beispielsweise 3 Millionen Rubel ausgezahlt.

Geschränkter Armeekongress.

Sankt, 12. Jan. Der Kongress der Abgeordneten von Armee und Flotte und aller Arbeiter- und Soldatenorganisationen wird, nach einer Meldung der „Deutschen Kriegs-Zeitung“, die konstituierende Versammlung unterstützen. Mehr als 9000 Delegierte werden auf dem Kongress als Vertreter der Semstwo erwartet.

Ämtliche deutsche Seeresberichte.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.
Großes Hauptquartier, 12. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechtsintensität blieb auf Artillerie- und Burminenkämpfe an verschiedenen Stellen der Front beschränkt. Südlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.
An der macedonischen und italienischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.
Großes Hauptquartier, 13. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Westlich und nördlich von Armentières sowie in der Gegend von Lens war die englische Artillerieintensität tagsüber reger; auch in den anderen Abschnitten lebte sie vorübergehend auf.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz. An vielen Stellen der Front Artilleriekampf. Stärkere französische Abteilungen, die nördlich von Reims, in der Champagne und nördlich von Avocourt zur Erkundung vorstießen, wurden im Nahkampf zurückgeworfen. Südwestlich von Ornes brachte ein eigenes Unternehmen Gefangene ein.

Seeresgruppe Herzog Albrecht. Auf den östlichen Maasböden und in den mittleren Bogen zeitweilig erhöhte Feuerintensität.

In zahlreichen Luftkämpfen wurden gestern sechs feindliche Flugzeuge und drei Fesselballons abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Macedonische und italienische Front. Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Mitteilung des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.
Großes Hauptquartier, 14. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Die Feuerintensität blieb tagsüber meist auf Störungsfeuer beschränkt. In einzelnen Abschnitten, besonders bei Bessene vor Lens, war sie am Abend gesteigert. — Aufklärungsabteilungen drangen südlich von Armentières und nördlich von La Bacquerie in die englischen Gräben ein und machten Gefangene.

Seeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht. Abgehen von erfolgreichen Erkundungsgeschießen in der Gegend von Juvin-court und auf dem Westufer der Maas verlief der Tag ohne besondere Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Macedonische Front. Westlich vom Ochridasee, am Dobropolje und südwestlich vom Balkansee Artillerietätigkeit.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Wieder sechs Dampfer versenkt.

Ämtlich wird gemeldet: Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz fielen unseren U-Booten sechs Dampfer zum Opfer, von denen die Mehrzahl dicht unter der englischen Küste ungeschädigt der besonders starken Bewachung versenkt wurde. Zwei Dampfer wurden aus demselben Gebiet herausgeschossen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der letzte deutsche Luftangriff auf London.

Wie aus London gemeldet wird, sind bei dem deutschen Fliegerangriff auf London am 8. Dezember nach amtlichen Mitteilungen 19 Wohnhäuser ausgebrochen. Über 80 Gebäude wurden hierdurch vernichtet. Der Polizeibericht verzeichnet 44 Tote und 102 Vermundete. Ein englischer Marineflugzeug ist bei der Verfolgung der Flieger westlich von Margate abgeschossen.

Die deutsche Flagge in der Südr.

Berlin, 12. Jan. Zwischen der Vereinigung der Südr.-Firmen, die heute hier tagte, und dem Staatssekretär des Reichscolonialamtes Dr. Solf hat ein Telegrammwechsel stattgefunden. Der Staatssekretär gab in seiner Drohung der Söndung Ausdruck, daß über unseren Südrcolonien bald wieder die deutsche Flagge wehen werde.

Fliegerangriff auf Karlsruhe.

* Karlsruhe, 14. Jan. (WZÄ Ämtlich.) Bei einem heute Mittag auf Karlsruhe erfolgten Fliegerangriff wurden einige Bomben abgeworfen. Eine Person wurde ganz leicht verletzt. Militärischer Schaden ist nicht entstanden, sonstiger Sachschaden gering.

Von freund und feind.

[Allerlei Draht- und Korrespondenz-Meldungen.]

Juden fordert Selbständigkeit.

Sankt, 11. Jan. Der Vertreter des Tag drahtet seinem Blatt: Die nationalistische Konferenz in Kalkutta (Indien) hat in ihrer Schlussung mit allen Stimmen einen Antrag angenommen, worin die Forderung einer verantwortlichen selbständigen Regierung Indiens in einem bestimmten kurzen Zeitraum gefordert wird. In der Zwischenzeit soll eine provisorische Regierung, wie der Mohammedaner sie vorgeschlagen hat, Indien verwalten.

(Welche herrliche Gelegenheit für Lord George, seine Selbstbestimmungsforderung anzuwenden!)

Englands Arbeiter an die Petersburger Regierung.

Stockholm, 12. Jan. Nach der „Woroba“ hat die englische Arbeiterpartei an die Petersburger Regierung das Ersuchen gerichtet, sie trotz der ablehnenden Haltung Englands über den Fortgang der Unterhandlungen in Brest-Litowsk und über die Bedingungen der Mittelmächte auf dem laufenden zu erhalten.

Drohung mit dem Generalkrieg.

Stockholm, 12. Jan. Nach Londoner Meldungen haben die englischen Munitionsarbeiter bei der Regierung gegen die Erweiterung der Dienstpflicht Widerstand erhoben. Sie drohen für den Fall, daß ihren Wünschen nicht stattgegeben wird, mit dem Generalkrieg.

Neuordnung in der englischen Admiralität.

London, 12. Jan. Die angekündigte Neuordnung der englischen Admiralität ist durchgeführt. Die neuen Mitglieder sind: Konteradmiral Sidney Freeman, Konteradmiral George Dope und Arthur Beale, bisher Direktor der Nord-Ostbahn. Konteradmiral Henry Oliver und Kapitän Vaine treten zurück.

Northcliffe soll Minister werden.

Sankt, 12. Jan. Aus London wird das Gerücht bekannt, daß Lord George Lord Northcliffe in das Kabinet einberufen werde. Lord Northcliffe ist Verleger der „Times“ und anderer bedeutender Blätter in England. Lord George liebt ihn nicht, aber er fürchtet ihn.

Französischer Protest.

Kopenhagen, 12. Jan. Die französische Regierung hat in Petersburg gegen die Beschlagnahme der russischen Zweigstellen des „Credit Foncier“ scharfen Protest erhoben.

Aus dem angeblich ruhigen Lissabon.

Genf, 12. Jan. Die Behörden in Lissabon nahmen Hausdurchsuchungen in einigen Stadivierteln vor, wobei Gewehre und Sprengstoffe beschlagnahmt und Verhaftungen vorgenommen wurden. Die demokratischen Klubs wurden geschlossen.

Vorsicht gegenüber Carranza.

Genf, 12. Jan. Der Pariser „Temps“ erzählt: Die Vereinigten Staaten konzentrieren Truppen nächst der Grenze Mexikos.

Frauenstimmrecht in Amerika.

Washington, 12. Jan. Das Repräsentantenhaus hat die Gesetzesvorlage zur Einführung des Frauenstimmrechts mit 272 gegen 136 Stimmen angenommen.

Vom Tage.

Wie Balfour den Frieden sieht.

Der englische Minister des Äußeren hat es sich nicht verkneifen können, nach den großen Offenbarungen seines Kollegen Lord George und des Präsidenten Wilson nun auch sein Sprichwort über das böse Deutschland herauszusagen. Dem Frieden stehe nichts im Wege, wenn die Deutschen nur Elsass-Lothringen und die 1792 erworbenen polnischen Gebiete herausgeben und die Amputation der Türkei um Jerusalem und Mesopotamien gestatteten, Belgien, Rumänien, Serbien und Montenegro herstellten und entschädigten und Italien an den österreichischen Grenzen frei schalten ließen. Dagegen dürfe Griechenland nicht wieder seinen rechtmäßigen Fürsten erhalten, sondern unter der Fuchtel der Westmächte bleiben.

Wlo sprach Balfour. Nun weiß man es, nur freien Lauf für französisch-italienische Ländergier und britische Vergewaltigungssucht — dann ist der Friede sofort da.

Keine Entscheidung vor 1919.

Der Chefredakteur der New Yorker „World“ erklärte nach seiner Rückkehr aus Europa, daß man nicht erwartet, Deutschland im Jahre 1918 durch einen militärischen Schlag zum Frieden zwingen zu können, da Amerika nicht vor 1919 seine volle Kraft einsetzen könne.

Der Chefredakteur ist entweder falsch berichtet, oder aber er will seine Landsleute falsch berichten. In Frankreich, England und Italien finden Staatsmänner und Presse den endgültigen Sieg für 1919 an, und zwar gerade den Sieg mit — Amerikas Hilfe.

Churchills Vorschrei nach Amerika.

Gelegentlich eines Frühstückes in London, bei dem der amerikanische Botschafter den Vorkitz führte, ergriß wieder einmal der Munitionsdirektor Churchill das Wort. Er nahm Bezug auf die Reden Lord Georges und Wilsons und hob hervor, es sei nun notwendig, dem Feinde die gemeinsamen Kriegsziele aufzuzeigen. Dazu aber müsse Amerika helfen. Gebt uns, so rief er dem amerikanischen Botschafter zu, Schiffe, Kriegsmaterial, Rohstoffe und — Soldaten. England wird alles hingeben, alle seine Armeen müssen sofort auf vollständige Stärke gebracht werden. Wir werden siegen, wenn wir alle Hilfsquellen benützen. Sturmwellen sammeln sich, aber England hat volles Vertrauen; aber wir bitten auch, uns jeden Mann eilig zur Erhaltung der guten Sache zu Hilfe zu schicken, so daß die Soldaten Englands, Frankreichs und Italiens stets frische, abgehärtete und ständig wechselnde Armeen der großen Republik an ihrer Seite finden. — Wilson hat schon geantwortet: Truppen oder Lebensmittel, beides ist unmöglich!

Frankreich gibt Rußland nicht auf.

In der französischen Kammer fand die Interpellation wegen der Verwundung von Wäßen nach Petersburg für die Sozialisten zur Debatte. Minister des Äußeren Bichon erklärte dabei, die Regierung sei nicht grundsätzlich gegen eine Besprechung französischer Sozialisten mit russischen Gesinnungsgenossen; denn Frankreich habe Rußland noch immer nicht aufgegeben, aber wohl sieht die Regierung eine Gefahr in der Verhandlung mit den Maximalisten. Die Verantwortung dafür will die Regierung durch Erteilung von Wäßen nicht übernehmen. Von Verhandlungen mit der angewandten Gewalt in Petersburg kann keine Rede sein. Im übrigen stellte sich Bichon hinsichtlich der Kriegsziele auf den Boden der Erklärungen Lord Georges und Wilsons. — Die Kammer sprach darauf mit 397 gegen 145 Stimmen der Regierung das Vertrauen aus.

Lord Georges Eingeständnis.

Die „Neuen Zürcher Nachrichten“ haben einen Lichtblick in der Rede Lord Georges entdeckt. Es ist jene Stelle, worin Lord George die Verrücktheit anklagt, „einen Separatfrieden mit den gemeinsamen Feinden anzubahnen“, ohne sich irgendwie mit den Ländern zu beschäftigen, die Rußland in den Krieg gezogen hat. Im Munde von Lord George bilden diese Worte eine niederschmetternde Behauptung der freilich längst konstatierten Tatsache, daß das zaristische Rußland die Länder in den Krieg gezogen hat, daß es der Kriegsschuldige ist und nicht Deutschland und nicht Österreich-Ungarn. Die Geschichte wird Lord George bei dieser seiner Aussage für alle Zeiten befechten, meint das Schweizer Blatt. Ob Lord George dieses Eingeständnis wirklich beabsichtigt hat oder ob es ihm nur im Born über die Wendung in Rußland entschlüpft ist?

Frankreich kann den Sieg nicht aufschieben.

Bei der Wiedereröffnung des Senats hielt der Präsident Dubois eine Rede, in der er u. a. ausführte: „Das Jahr 1917 hat allen bereits auf Frankreich gehäuft. Seiden eine neue, schwere Last von Elend und Trauer hinzugefügt, ohne eine Entscheidung zu bringen. Der mächtige Hilfe Nordamerikas steht der russische Abfall gegenüber, belastet Frankreich für 1918 mit ebenso schweren Pflichten, wie 1914 es getan hat. Dubois nannte den Abfall Rußlands den größten in der Weltgeschichte und erklärte, Frankreich habe keine Zeit mehr, den Sieg aufzuschieben.“ Warum hat man denn bisher den Sieg aufgeschoben?

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts Admiral v. Capelle, der eifrigste Förderer unserer U-Bootwaffe hat den Orden Pour le mérite erhalten. Admiral v. Capelle stammt aus Celle in Hannover und trat 1872 im Alter von 17 Jahren in die Marine ein.

Sein Verwaltungstalent lenkte schon früh die Aufmerksamkeit auf ihn und so sehen wir ihn im Jahre 1904 als Direktor des Verwaltungs-Departements im Reichsmarineamt. In dieser Stelle erworb er sich um die Ausarbeitung der Flottenvorlagen besondere Verdienste. Seit 1914 bekleidete er den neuerrichteten Posten eines Unterstaatssekretärs, bis er die Nachfolge des Großadmirals v. Tirpitz im Jahre 1916 antrat. — Der verstorbene frühere langjährige Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses Jordan v. Stoecker war einer der bekanntesten Parlamentarier. Gerade als Leiter der Verhandlungen der zweiten preussischen Kammer war er eine in ihrer Art klassische Erscheinung. Trotz seiner streng konservativen Gesinnung, die ihn zum unerbittlichen Gegner aller andern politischen Anschauungen machte, kamen unter seiner stets mit unanfechtbarer Ruhe und Unbefangtheit geführten Leitung alle Parteien auf der Rednertribüne zu ihrem Recht. Und wenn es im Raume je einmal lauter und bewegter wurde, wenn die Geister aufeinanderprallten, so fehlte ihm nie eine kurze, ganz ihm ist und seinem goldenen Humor eigene Wendung zur Beilegung aller Unlieblichkeiten. So entspricht denn auch die Verfügung, daß sein Begräbnis in aller Stille und ohne Abordnung vor sich gehe, durchaus der Eigenart dieses seltenen Mannes. Präsidium und Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses können sich deshalb nicht an dem Begräbnis beteiligen.



v. Capelle.



v. Stoecker.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das Gerücht von einem Paarschub im preussischen Herrenhause ist in parlamentarischen Kreisen verbreitet. Danach soll dem Kaiser zu seinem Geburtstag die Berufung einiger Herren in die erste preussische Kammer vorgeschlagen werden, die für das Reichstagswahlrecht in Preußen stimmen würden. Dabei werden der Präsident des Reichstags Dr. Kaempf, der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis, der nationalliberale Abgeordnete Frick u. a. genannt. — Man wird gut tun, eine amtliche Bestätigung dieses Gerüchts abzuwarten.

Über die Zukunft Deutschlands führte der konservative Reichstagsabgeordnete Graf v. Helldorf in einer Versammlung in Hamburg u. a. aus, daß das Urteil Hindenburgs und Ludendorffs maßgebend sein muß für diejenigen Forderungen, die bei den Friedensverhandlungen im Interesse der deutschen Sicherheit zu stellen sind. Kein Opfer persönlicher Art auf der Seite der politischen Reichsleitung würde zu groß sein, um diesen Männern die weitere Führung der deutschen Wassen in dem festen Vertrauen zu ermöglichen, daß die unter ihrer Leitung durch unser herrliches Heer erfochtenen Siege auch politisch voll ausgenutzt werden. Das Vertrauen des deutschen Volkes zu seinem Hindenburg und seinem Ludendorff ist unbegrenzt und gehört zu den durch nichts erfahrbaren Grundlagen seines Siegeswillens und seiner Siegeszuversicht. Nach der Rede wurden von der Versammlung Telegramme in diesem Sinne an den Kaiser, den Generalfeldmarschall v. Hindenburg und an den Reichskanzler gesandt.

In einer Unterredung äußerte Großadmiral v. Tirpitz zur politischen Lage: Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß wir England zwingen können, wenn wir mit dem U-Bootkrieg Stange halten und zwar zwingen können, in durchaus absehbarer Zeit. Das Schicksal ist für England unentrinnbar, das erkennt England selbst ganz genau. Je näher der Augenblick rückt, der es zwingen muß, nachzugeben, desto größer wird vielleicht das englische Mundwerk sein. Das darf uns nicht irre machen. Wir können bis dahin aushalten. Ich halte es für unmöglich, daß wir uns auf einen Waffenstillstand einlassen, der unsere U-Boote lahmlegt.

Belgien.

Die Friedensstimmung im besetzten Belgien ist in starkem Wachstum begriffen. So wurde auf einer Versammlung des Bundesausschusses der belgischen Arbeiterpartei des Bezirks Antwerpen ein Beschluß gefaßt, der sich zugunsten der Vorschläge der russischen Sowjets und des holländisch-standinavischen Komitees über die Friedensvorschläge ausspricht. Der Bundesausschuß spricht den Wunsch aus, daß auch die belgische Arbeiterpartei eine Abordnung für eine eventuelle Friedenskonferenz ernennen sollte, die ihre Teilnahme an der Konferenz von der endgültigen Beteiligung der Arbeiter der Verbandsländer abhängig machen sollte.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Auszeichnungen vor dem Feinde.

Österreich, 14. Jan. Der Kriegsfreiwillige Gefreite Konrad Scheller ist zum etatsmäßigen Unteroffizier befördert worden. Derselbe erhielt das „Eiserne Kreuz“ 2. Klasse und die „Österreichische Tapferkeits-Medaille“.

Österreich, 14. Januar. Dem Gefreiten Tony Wilhelm von hier wurde am Weihnachtsfest das „Eiserne Kreuz“ 2. Klasse als besondere Auszeichnung verliehen.

Eltsville, 14. Jan. Mit dem „Eisernen Kreuz“ 2. Klasse ausgezeichnet wurden der Gefreite Edersteiner und der Kanonier Hans Baum von hier.

Belebung der Schifffahrt.

Österreich, 14. Januar. Nach kurzem Steigen des Wasserstandes ist nunmehr wieder ein Fallen des Wassers eingetreten. Immerhin sind die schiffahrtlichen Verhältnisse auf dem Rheine wesentlich besser als in der Vorwoche geworden. Ein großer Teil der vor Anker liegenden Schleppzüge konnte seine Fahrt fortsetzen. Den Verhältnissen entsprechend hat sich ein sehr reger Schiffsverkehr entwickelt.

Mathews Müller, Kom.-Bes. auf Aktien.

Eltsville, 13. Jan. Die gestern stattgefundene außerordentliche Generalversammlung der Gesellschaft beschloß die (bereits angekündigte) Erhöhung des Grundkapitals von 1 1/2 Mill. Mk. auf 2 Mill. Mk. Die Gesellschaft übernimmt bekanntlich die sämtlichen Geschäftsanteile der Schaumwein-Fabrikation Gebr. Höhl, S. m. b. H. in Geisenheim. Der Kaufpreis beträgt etwa 2 Mill. Mk. und wird durch Eingabe der neuen Aktien bezahlt. Ein Teil der Kaufsumme bleibt längere Jahre verzinslich stehen. Der Rest wird in bar bezahlt. Das Geschäft der Firma Gebr. Höhl wird im übrigen unter dem bisherigen Namen in Geisenheim unverändert weitergeführt.

Auszeichnung.

Niederwalluf, 14. Jan. Der in dem kriegswichtigen Betriebe der Maschinenfabrik „Rhenania“ E. Mauche in Niederwalluf angestellte Werkmeister Herr Wilhelm Sonnet aus Schierke hat von Sr. Maj. dem Deutschen Kaiser das „Eisernen Kreuz“ für Kriegsdienste verliehen bekommen. Herr Sonnet ist 68 Jahre alt und hat sich bei Kriegsbeginn wieder in den Dienst der Arbeit gestellt, um dadurch seinem Vaterlande zu dienen. Da die Auszeichnung zum Weihnachtsfeste verliehen wurde, so ist es dem alten Herrn gewiß das schönste Geschenk gewesen.

Dank der Rheingauer „Feldgrauen“

Niedersheim a. Rh., 15. Januar. Um unseren Feldgrauen draußen eine Weihnachtsfreude zu bereiten, haben alle Gemeinden des Rheingaukreises an der für diesen Zweck eingeleiteten Geldsammlung sich beteiligt. Wir freuen uns, mitteilen zu können, daß offenbar der größte Teil der Gaben, wahrscheinlich aber alle rechtzeitig die Truppen erreicht hat. Dankschreiben sind bereits in den letzten Tagen des Dezember eingegangen und liegen bis jetzt vor vom Ersatz-Fuß-Regt. Nr. 3, verschiedenen Flugabwehrjagden, von dem Landsturm-Infanterie-Bataillon Limburg und Oberlahnstein, sowie dem Res.-Fuss-Regt. Nr. 87. Bei diesen Truppenteilen befindet sich sicher auch eine große Zahl von Rheingauern, denen die Spenden des heimatischen Kreises doppelte Freude bereiten haben werden.

Zur Schweineumlage im Regierungsbezirk Wiesbaden.

Niedersheim a. Rh., 14. Jan. Schweinehalter, welche ihre nicht zu Jung- oder Haushaltungszwecken unbedingt benötigten Schweine an die Kreisammelstelle des Viehhandelsverbandes abliefern müssen, werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Preiszuschläge für minderwertige Schweine nur bis zum 15. Januar d. Jg. einschließlich gezahlt werden dürfen. Die Schweinehalter wollen daher darauf achten, daß ihre Tiere bis zum 15. Januar abgeliefert werden, da sie sonst des Preiszuschlages verlustig gehen. Für Schweine, welche vor dem 15. Januar von der Organisation des Viehhandelsverbandes bezw. der Kommunalverbände fest gekauft bzw. sicher gestellt sind, deren Ablieferung sich aber vor dem 15. Januar nicht mehr bewerkstelligen läßt, kann der erhöhte Kaufpreis auch noch nach dem 15. Januar 1918 gezahlt werden, vorausgesetzt, daß die Ablieferung spätestens bis zum 31. Januar d. Jg. erfolgt. Nach den bereits ergangenen Bekanntmachungen besteht für alle über 15 kg. schwere Schweine ein Einheitspreis von 79 Mk. für 60 kg. Dazu kommen obige Preiszuschläge, die betragen bei Schweinen von mehr als 15 bis 30 kg. 18 Mk., von mehr als 30 bis 45 kg. 14 Mk., von mehr als 45 bis 60 kg. 10 Mk. und von mehr als 60 bis 75 kg. 6 Mk. für das Stück.

Sommerfruchtarten.

Niedersheim a. Rh., 14. Jan. Während bisher sämtliche Saatkarten zum Bezuge von Getreide, Hülsenfrüchten u. v. m. dem Kommunalverbande ausgestellt werden, haben vom 1. Januar d. Jg. ab die Karten nur dann Gültigkeit, wenn sie mit dem Dienststempel und einem Prüfungsvermerk des Herrn Regierungspräsidenten versehen sind. Namentlich handelt es sich um die Saatkarten für Sommerfruchtarten, deren Belieferung vom 1. Januar 1918 ab zulässig ist. Die Belieferung erfolgt nur gegen Karten, die den oben erwähnten Vorschriften entsprechen und die Vespere derartiger Karten tun daher gut, wenn sie umgehend die ihnen bereits ausgestellten Saatkarten für Sommerfrucht an den Kommunalverband (Kreisamt in Niedersheim) zurücksenden, damit der vorgeschriebene Prüfungsvermerk u. nachgeholt werden kann. Das direkte Einfinden der Karten an den Herrn Regierungspräsidenten hat keinen Wert. Neue Anträge auf Ausstellung von Saatkarten müssen nach wie vor bei dem Bürgermeisteramte der Wohnortgemeinde gestellt werden.

Gegen die Wildschweinplage

Niedersheim a. Rh., 14. Jan. Zur p/a mäßigen Bekämpfung der im Rheingau überhand nehmenden Wildschweinplage stellen die Militärbehörden nunmehr den einzelnen Gemeinden ständige Militärkommandos gestellt und im Wildschweinfang erfahrener Jäger zur Verfügung. Die Bestellung und Unterkunft dieser Kommandos geschieht vorerst auf Staatskosten.

Verkehrseinschränkung.

Die Einschränkungen im Eisenbahnverkehr. Über die geplanten Einschränkungen wird noch folgendes mitgeteilt: Von der Einführung der sog. „Urlaubsscheine“ für Reisen glaubt die Eisenbahnverwaltung nach wie vor absehen zu sollen. Dafür hat man sich entschlossen, den gesamten Reiseverkehr vom 18. d. M. ab um etwa 25000 Zugkilometer täglich zu verringern, was etwa eine Verminderung der fahrenden Bäume um 5 % entspricht. Da man aber annimmt, daß auch diese Beschränkung noch nicht den Anforderungen, die die Landesverteidigung und die Versorgung der Bevölkerung an die Eisenbahnverwaltung stellt, gerecht werde, so wird man, die endgültige Zustimmung der Seeresverwaltung vorausgesetzt, auch zu einer Aufhebung der Urlaubsfahrten auf die Dauer von etwa 14 Tagen in der letzten Hälfte des Monats Januar schreiten müssen. Man verkennt auf der einen Seite nicht das Bedauerliche dieser notwendigen Maßnahme; gerade sie aber verpflichtet für das Wohl der Bevölkerung einen Erfolg, da die Zugbenutzung durch die Urlauber jetzt etwa 70 % des gesamten Reiseverkehrs ausmacht. Durch diese, wie gesagt, nur vorübergehende Maßnahme wird eine ganz wesentliche Verminderung der Personen- und Schnellzüge erreicht werden.

Die Obsterte 1918 in Gefahr.

Kampf den Raupen zur Sicherung unserer kommenden Obsterte. Oberamtmann Schmidt-Teisloff veröffentlicht unter dem Warnungswort „Die Obsterte 1918 in Gefahr“ einen beachtenswerten Aufsatz, worin die Obstbaumbesitzer mit aller Entschiedenheit zur rechtzeitigen und ausgiebigen Bekämpfung der Raupenschädlinge, insbesondere der Goldasterraupe, aufgefordert werden. Auch von amtlicher Seite wird verschiedentlich auf diesen Aufruf hingewiesen, da in diesem Jahre die Goldasterraupe sehr stark auftritt und eine Obstschädlinge zu befürchten ist, wenn nicht alles aufgeboten wird, um diesen Schädling so weit wie möglich zu vernichten. Die Vertilgung der Raupen dieser gefährlichen Obstschädlinge geschieht am besten dadurch, daß sie jetzt auf sichtbaren Raupenbäumen spätestens bis Ende Februar aus den Bäumen durch Ausschneiden entfernt und verbrannt werden. Alle preussischen Landräte und Polizeiverwaltungen sind ersucht worden, mit besonderer Sorgfalt darauf zu achten, daß die gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften über das Abraupen der Obstbäume nachdrücklich überwacht werden.

Welche Steuern muß ich während der Dienstzeit zahlen?

Gemeindesteuer der Kriegsteilnehmer. Von der Gemeindesteuer ist jeder befreit, der den Wohnsitz (Wohnung) in der Gemeinde aufgegeben hat. Wenn Familie jedoch den Wohnsitz beibehalten hat, ist an sich steuerpflichtig; ebenso hat, wer Grundbesitz oder einen Gewerbebetrieb in einer Gemeinde hat, dafür Grund- oder Gewerbesteuer zu zahlen. Im übrigen gilt in einigen deutschen Staaten für das Einkommen der Kriegsteilnehmer hinsichtlich der Gemeindesteuer das gleiche wie hinsichtlich der Staatssteuer. So ist auch hier das Einkommen steuerfrei und es tritt auch hier bei der gleichen Stufe Steuerbefreiung ein in Württemberg, Hessen, Anhalt und Schaumburg-Lippe. (Niedersheim hat keine Gemeindesteuer.) Bremen und Elb-Lothringen haben die gleichen Bestimmungen hinsichtlich beider Steuern, Bremen gegebenenfalls Erlass oder Ermäßigung, Elb-Lothringen Erlassung. Baden, Schwarzwald-Sondershausen und Waldeck kennen auch hinsichtlich der Gemeindesteuer keine Befreiung. (Baden nur für in Baden garnisierende Offiziere.) Für Bayern und Schwarzburg-Rudolstadt gilt etwa das Gleiche für die Gemeindesteuer wie für die Staatssteuer: es gibt keine Ausnahme-Bestimmung für Kriegsteilnehmer. Auch im Königreich Sachsen gibt es, abgesehen von gewissen Steuerbefreiungen für Militärpersonen des Friedensstandes eine Steuerbefreiung nicht. Hamburg kennt im

Stadtgebiet keine Gemeindesteuer, in den Landgebieten wird diese dagegen erhoben. In anderen Staaten, so in Preußen, Mecklenburg, Oldenburg, Sachsen, Weimar, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen, Lippe-Deimold, Reuß a. L., Reuß i. L., Schwarzburg-Sondershausen und Waldeck ist die Regelung der Frage hinsichtlich der Steuerbefreiung bei Gemeindesteuern der jeweiligen Gemeinde überlassen, der der Steuerpflichtige angehört. In der Regel werden wohl die kapitalkräftigeren Gemeinden von der Erhebung der Steuern in gleichem Maße absehen wie der Staat. In Sachsen-Meiningen ist das Einkommen gemeindeumlagefrei, soweit es eine Höhe von 900 Mark nicht mehr erreicht. Die Kirchensteuer, die sich nach der Staatssteuer richtet, wird vielfach erhoben, auch wo die Staatssteuer un erhoben bleibt.

Feldpostpakete.

Kein Ersatz für verlorene Feldpostpakete. Auf eine Anfrage erklärte die Regierung, daß eine Ersatzleistung für verlorengegangene Privatpakete nach und nach von dem Feldheer weder von der Militärverwaltung noch von der Post übernommen wird, gleichviel wo der Verlust eingetreten ist. Eine Änderung dieser Vorschriften könne mit Rücksicht auf die Eigenart der in Betracht kommenden Betriebsverhältnisse nicht in Aussicht genommen werden.

Kriegsteuerzulage.

Den im Seeresdienst beschäftigten Beamten, auch den zu Dienstleistungen herangezogenen Pensionären und Wartegeldempfängern, auch den Personen, die bei der Seeresverwaltung schon im Frieden als Vorarbeiter, Magazin- und Lagerarbeiter usw. beschäftigt waren, wird eine einmalige logische zahlbare Kriegsteuerzulage gewährt, die bei Verheirateten 200 Mark, außerdem für jedes Kind 20 Mark, bei den Unterheirateten mit einem Gehalt bis zu 6000 Mark 160 Mark beträgt, ausschließlich der Beamten mit einem höheren Wohnungsgeldzuschuß als dem der Klasse III des Tarifs. Den mit Beamten oder Hilfsbeamtenstellen versehenen Personen freier Berufe sowie den mit Kriegsteilen unterer Seeresbeamten versehenen Pensionären und Wartegeldempfängern können die einmaligen Kriegsteuerzulagen gezahlt werden, wenn ihnen widerrechtliche laufende Zuwendungen ausbezahlt worden sind. — Als Stichtag für das Vorliegen der Voraussetzungen für die Gewährung der einmaligen Kriegsteuerzulage gilt der 21. Dezember 1917.

Rechnungs-Kursus.

Gau-Algesheim, 14. Jan. Um zu ermöglichen, daß die Schüler der 1. Volksschulklassen bei den in nächster Zeit beginnenden Rechnungsarbeiten in den Weinbergen herangezogen werden können, haben 32 Anwesen an dem hier abgehaltenen staatlichen Rechnungskursus teilgenommen. Es ist dieses auf Veranlassung der Kreisfiskalkommission Bingen geschehen.

Dem Jersinn verfallen.

Frankfurt a. M., 14. Januar. Die Frau des erschossenen Schymanns Ertl hat sich dessen Tod so zu Herzen genommen, daß sie einer Heilanstalt zugeführt werden mußte.

Eisenbahn- und Postdiebe.

Frankfurt a. M., 11. Jan. Am Dienstag übernahm man im Hauptbahnhof fünf Eisenbahnbeamte bei der Plünderung eines Eisenbahnwagens. Heute früh erwischt man drei Postauskletter, als sie im Bahnhofskam die Feldpostpakete bestahlen. Alle acht Diebe wurden verhaftet. Zwei Frankfurter Burschen wurden in Mörseben beim Diebstahl zweier Schweine ertappt und festgenommen.

Auslieferung internerter Deutschen.

Frankfurt a. M., 14. Jan. Etwa hundert deutsche Männer, Frauen und Kinder, die zu Beginn des Krieges in Ostafrika von den Belgiern gefangen genommen waren und dann in Frankreich in menschenunwürdiger Weise interniert wurden, kehrten durch Vermittlung der Schweiz nach Deutschland zurück und berührten am Mittwoch auf der Heimreise nach Norddeutschland den hiesigen Hauptbahnhof. Hier wurde den schwergeprüften Landskenten durch Mitglieder verschiedener Körperschaften ein warmerherziger Empfang zuteil. Man spielte die Gäste, beschenkte die Kinder reichlich mit Spielzeug und war ihnen in jeder Weise behilflich. Während ein Teil der Schar nach am Abend weiterreiste, blieb der Rest in Frankfurt und fand hier treffliche Quartiere.

Handwerker-Versammlung.

Frankfurt a. M., 14. Jan. Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung von Vertretern der hiesigen Innungen, des Handwerkerbundes und des Innungsausschusses beschäftigte sich heute in langatmigen Beratungen mit den „Einwirkungen des Krieges auf das Handwerk“. Den Verhandlungen wohnten auch Regierungspräsident Dr. von Meißner, Regierungsrat Uriei, zahlreiche Stadträte, Mitglieder des Kriegswirtschaftsamtes und anderer Körperschaften bei. Regierungspräsident Dr. von Meißner sicherte dem Handwerk, das besonders durch den Krieg gelitten habe, die Unterstützung der Regierung zu. Der Versammlungsleiter teilte mit, daß das Frankfurter Handwerk infolge seines engen Zusammenschlusses bei der Erlangung von Seeresaufträgen ausgezeichnete Erfolge erzielt habe.

Wenn das am grünen Holz geschieht...

(1) Der Städtische Amtsvorsteher Bürgermeister Duhrow veröffentlicht gegenwärtig die Namen von Hauseigentümern, die sich gegenüber der Schneebeseitigung vor ihren Grundstücken ablehnend verhalten. Sehr eigenartig verhält es sich, daß er unter diesen Eigentümern auch die „Gemeinde Steglitz“ als Besitzerin der Badeanstalt Bergstr. 90 anführt; ferner die Gemeindefiskale Jahnstr. 29 und die Vororts-Elektrizitätswerke.

Wäre Folgen einer übermäßigen Neugier.

Der eben erst 18jährige Arbeiter Max B. war am 22. September mit mehreren anderen Personen auf einem Kohlenwagen, um von einem Bahnhof Kohlen abzuholen. Unterwegs begegnete ihnen eine Abteilung Soldaten mit den Gewehren auf den Schultern. Einer der Soldaten trug das Gewehr vorchriftswidrig, so daß ein Unteroffizier es ihm zurückschickte. Als dies der Angeklagte, der nach der Befragung seiner Mitfahrenden sich in übermäßiger Stimmung befunden haben soll, sah, rief er den Soldaten zu: „Werft doch die Gewehre weg und macht Schluss!“ Nach den Aussagen von vier als Zeugen vernommenen Soldaten soll die Neugier noch etwas bedenklicher gelungen haben.

Die Folge war, daß der Angeklagte für diese unbeachtete Neuerung festgenommen wurde, drei Wochen in Untersuchungshaft gefesselt hat und sich nun vor der Strafkammer zu verantworten hatte. — Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängnis, da unter den heutigen Verhältnissen derartige Aufreizungen leicht bedenkliche Folgen nach sich ziehen könnten. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 6 Wochen Gefängnis und rechnete zwei Wochen auf die Untersuchungshaft als verbüßt an.

○ **Letzter gestorben.** Kommerzienrat Dr. August Decker, der Begründer und Inhaber der in ganz Deutschland und weit darüber hinaus bekannten Backpulverfabrik in Völsfeld, Mitglied des Kaiser-Wilhelm-Instituts, ist im Alter von 66 Jahren gestorben.

○ **Ein Regierungsrat als Dieb.** Der Direktor am Oberverwaltungsamt für den Regierungsbezirk Minden i. B., Regierungsrat Dr. Brenke, ist vor einigen Tagen wegen Diebstahls in Braunschweig verhaftet worden. Er wurde in einem Juweliergeschäft dabei ertappt, wie er einen kostbaren Brillantring verschwinden lassen wollte. Dr. B. führte ein flottes Junggesellenleben. Wie jetzt bekannt wird, sind gegen ihn noch Untersuchungen wegen anderer Vergehen im Gange. So wird er u. a. beschuldigt, in einem D-Busse einem Mitreisenden Geld aus dem Koffer entwendet und bei der in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Revision einer Sparkasse Wertpapiere sich angeeignet zu haben.

○ **In die Luft geknallen.** Man meldet aus Bern: Die protestantische Fabrik in Carouge, einem Vorort Genfs, ist in die Luft geknallen. Die Fabrik stellte Kriegsmaterial für die Entente her. Einzelheiten fehlen.

○ **Vier Personen wegen Raubmordes verhaftet.** Zu gemeinsamem Raubmord vereinigten sich der Artist Steiner, der Tapezierer Doest und zwei Dirnen, die dem verheirateten Hofantiquar Wurm in Fuchsmühle bei Regensburg im Kuchhof auslauerten und ihn erschlugen. Alle vier Personen wurden verhaftet.

○ **Eine englische Schriftstellerin auf Hamsterwegen.** Die bekannte englische Romanschriftstellerin Marie Corelli wurde zu 50 Pfund Geldstrafe verurteilt, weil eine Hausdurchsuchung bei ihr ergab, daß sie 183 Pfund Zucker und 475 Pfund Marmelade gehamstert hatte.

○ **Belohnung für Kauterlägen.** Moderat Johnes, der Direktor der Agentur Reuters, wurde zum Kommandanten des britischen Reichsordens ernannt. Mit diesem Grade ist der Titel eines Sir verbunden. So findet im Kriege selbst die organisierte Mäße ihren Lohn.

○ **Der Schneeweg der Welt.** Der Berichtshatter der „Daily News“ in Nord-China berichtet, daß die Welt innerhalb der ersten sechs Wochen 300 Meilen fortgeschritten sei und bereits Tsingtau und die Eisenbahn von Peking nach Hankau erreicht habe. Der Berichtshatter erklärt, daß der Gouverneur von Suijan sich weigere, Vorkehrungsmaßnahmen zu gestatten.

○ **Die Möbelversorgung der Krieger in Bayern.** Die „Bayrische Staatszeitung“ mitteilt, ist die Gründung einer ganz Bayern umfassenden Gesellschaft zur Beschaffung und Vermittlung preiswerten und geeigneten Hausrates für bedürftige heimkehrende Krieger gesichert und bevorstehend. Das Kapital der Gesellschaft, an der sich der Staat, die Gemeinden, Arbeiterorganisationen usw. beteiligen, soll zwei Millionen Mark betragen.

○ **Nachrichtungen über die Sterblichkeit in Warschau.** Die „Gazette de Lausanne“ brachte unlängst eine Mitteilung, wonach im Juli 1917 als direkte oder indirekte Folge des Mangels an Lebensmitteln in Warschau 30 000 Todesfälle zu verzeichnen gewesen seien. Die Warschauer polnische Presse verweist demgegenüber darauf, daß die tatsächliche Sterblichkeitsziffer zehnmal geringer war. Dabei weisen die heißen Sommermonate Juli und August verhältnismäßig die höchste Sterblichkeit im Jahre auf, da in dieser Zeit Wrechedurchfälle der Kinder häufig sind und allsommerlich die Ruhr auftritt.

○ **Schneesturmwirkungen.** Aus Königsberg i. Pr. wird berichtet: Auf einen im Schneesturm in einer Schneeschanze bei Königsberg festengebliebenen Personenzug der Ostpreußenbahn wurde durch den Sturm das Pappdach eines großen Biegeleisenarbeiterwohnhauses geschleudert. Die Wand eines Personenzuges wurde durch die schwere Last eingedrückt und von den Fahrgästen erlitten drei Frauen schwere Verletzungen. Bei den Rettungsarbeiten wurde der Zugführer schwer verwundet.

○ **Unzulässiger Tauschhandel.** In letzter Zeit hat sich im Geschäftverkehr zwischen Kaufleuten und Verbrauchern eine Gepflogenheit herausgebildet, die im Interesse unseres Wirtschaftslbens nicht entfallen genug bekämpft werden kann; es sind nämlich Fälle bekannt geworden, in denen Geschäftsleute kein Bedenken getragen haben, von Kunden Lebensmittel anzunehmen und ihnen dafür Kleidungsstücke ohne Bezugschein zu verabfolgen. Abgesehen davon, daß diese Geschäftsleute sich schwerer Bestrafung aussetzen, ist ein solches Verhalten geeignet, die gleichmäßige Versorgung aller Volksschichten mit Lebensmitteln wie mit Kleidungsstücken im hohen Grade zu gefährden. Alle wohlwollenden beherrschenden Maßnahmen, die das wirtschaftliche Durchhalten im Kriege gewährleisten sollen und könnten, müssen scheitern, wenn die Bevölkerung sich nicht schaut, sie in dieser Weise zu durchkreuzen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ 30 000 Mark Schweigegehalt für einen Polizeibeamten. Im Dom-Hotel zu Köln war ein Schieber aus Berlin abgehoben, der großen Werken alle möglichen Waren in großen Mengen anbot: Speck, Erbsen, Fleisch, Würste, Käse, Getreide, Reis und andere Stoffe. Als er gefaßt wurde, bot er dem Polizeibeamten 30 000 Mark Schweigegehalt. Der Beamte nahm ihn fest. Das Kölner Schöffengericht verurteilte den Schieber zu drei Monaten Gefängnis und 1000 Mark Strafe. Ein anderer Schieber wurde wegen unlauterer Buttergeschäfte zu 30 000 Mark Strafe verurteilt.

Humoristisches.

Geeignete Verwendung. „Was haben Sie für einen Beruf?“ — „Ich bin Professor der Zoologie, Herr Feldwebel!“ — „Schön! Dann können Sie den Kriegshund der Kompanie haben und scheren!“

Ueberraschung. „Was einem nicht alles passieren kann! Schick ich da 'ne Riste mit Lebensmitteln fort und dekorierte sie, damit sie nicht beschlagnahmt werden, als leere Flaschen. Was meinen Sie nun was in der Riste drin war, als sie am Bestimmungsort ankam?“ — „Leere Flaschen!“

Ein Wort über deutsche Frauentleidung.



Nr. 6638.
Nachmittagskleid aus
schwarzer Seide.

Auch an den Abend- und Nachmittagskleidern folgt die Mode der letzten Schichten und dabei vornehmlich allgemeinen Richtung. Das hübsche nebenstehende Nachmittagskleid ist aus resedafarbiger Seide hergestellt. Es ist mit Pelz verbrämt und weist eine feine Stickerei auf, durch die das Kleid — weil handarbeit — kostbar ist, ohne prunkvoll zu sein. Das Kleid ist aus Rock und Ärmeln mit angeschnittenem, tunikaartigem Schöß zusammengefaßt. Der Rock ist schmal und mäßig weit. In der Taillenslinie der Schößbluse befinden sich Einschnitte, durch die ein salziger Gürtel greift. Der lange eingefasste, blauschwarze Ärmel weist einen mit Pelz umrandeten kleinen Aufschlag auf. An den spitzen Halsauschnitt fällt ein zierlicher Liegekragen. Das Kleid wird im Rücken geschlossen. Bemerkenswert ist, daß das Modell auch aus zweierlei Stoff gearbeitet werden kann. Die schicke Vorlage kann mit Hilfe eines Savoritschnittes von jeder Frau selber gemacht werden. Schnitt zum Kleid unter Nr. 6638 in 44, 46, 48, 50, 52 cm halb. Oberm. M. 1.26. Zu beziehen durch die Modengentrale, Dresden-N. 8. C. C.-a.

Verantwortlich: Adam Etienne, Destrach.

Osram-1/2-Wattlampen
Flack, Wiesbaden, Laisenstrasse 46, Tel. 747.
neben Residenz-Theater.

Bekanntmachung.

Am 15. Januar 1918 ist eine Bekanntmachung Nr. A. 15330 B. P. S., betreffend „Beschlagnahme und Bestandserhebung von gebrannten und anderen künstlichen Mauersteinen, Dachziegeln aller Art und Drainageröhren aus Ton“, erlassen worden.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist durch Anschlag veröffentlicht worden.

Der Gouverneur der Festung Mainz.

Spar- u. Leihkasse zu Geisenheim

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

— 2 Lindenplatz 2 —

Geschäftsstelle in Saalgarten im Rheingau
Sicht-Konto bei der Reichsbank und der Landesbankstelle in Wiesbaden und der Dresdner Bank in Frankfurt a. M. u. Berlin
Postcheckkonto Nr. 492, Frankfurt a. M.

Sprechstunde Nr. 60, Wiesbaden a. Rh.

Kassenstunden während des Krieges:
nur an Werktagen von 8-1 Uhr vormittags
An Sonn- und Feiertagen: Vormittags 8-9 und 11-12 Uhr
empfiehlt sich zur

provisionsfreien Ausführung sämtlicher in
das Bankfach einschlagenden Geschäfte
zu den vorteilhaftesten Bedingungen.

Annahme von Spareinsparungen von Jedermann.

Verzinsung bis zu 4% je nach Kündigung.

Einzahlungen und Ueberweisungen auf unser Postcheckkonto
sind gebührenfrei.

Vermietung eiserner Schrankfächer (von Mk. 4.— an)
in unserem feuer- und diebstahlsicheren Panzerschrank
unter Selbstverschluß der Mieter.

Kostenlose Aufbewahrung und Verwaltung von
Wertpapieren.

Strengste Verschwiegenheit aller Geschäftsvorgänge,
auch Behörden gegenüber.

Jugendliche Arbeiter Frauen und Mädchen

Können sofort an Maschinen Beschäftigung finden.

Maschinenfabrik Rhenania,

E. Mauthe, Niederwalluf.



Herausgeber A. Damschke.

Illustrierte Tageszeitung, seit 29 Jahren bestehend, vertritt alle auf eine Neugestaltung deutscher Kultur hinielenenden Reformbestrebungen (Organ des Hauptauschusses für Kriegerheimstätten) enthält wertvolle Zeitaufsätze führender Männer aller Parteien über Zeit- und Lebensfragen, berichtet schnell und sachlich über alle wissenswerten Vorkommnisse und liefert ihren Lesern außer einer täglichen Unterhaltungsbeilage noch sechs Beiblätter:

Ratgeber für Kapitalisten, Land- und Hauswirtschaft,
Gesundheitswarte, Rechtswarte, Grenzwarde, Frauen-
zeitung und Jugendwarte.

Der Bezugspreis beträgt monatlich nur 1 Mark
(Postgelb 14 Pfg.). Feldpostbezug monatlich 1.35 Mk.
Probenummern kostenfrei durch den Verlag
Berlin NW 6.

Wein-Etiketten

liefert rasch und billigt
die Druckerei des Blattes.



Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen
innigstgeliebten Vatten, unseren treuversorgenden
Vater, Großvater, Schwiegervater, Schwager und
Onkel

Herrn Jakob Heil

Veteran von 1866, 1870/71

heute Sonntag Abend 6 1/2 Uhr, nach langem
schweren, mit großer Geduld ertragenem Leiden,
wohlversehen mit den hl. Sterbesakramenten, im
76. Lebensjahr, zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Frau Anna Maria Heil,

geb. Klein.

Saalgarten, Etschke, Destrach, Winkel, Berlin
und Mainz, den 13. Januar 1918.

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch
vormittag um 11 Uhr.

Schüler, deren Vererbung gefährdet
ist, sollen jetzt sofort bei uns angemeldet werden, da sie sonst
ein volles Jahr verlieren. Wir besetzen durch individuelle
Unterricht in kleinen Klassen die vorhandenen Lücken und
bringen die Schüler bis zur Einj.-u. zur Abit.-Prüfung vorwärts.
— 2 Lehrkräfte. — Hervorragende Erfolge: Es bestanden in
Jahresfrist 44 Schüler die Prüf. für Prima, Sekunda usw.;
22 für das Einj., 6 für das Kadettenkorps, 5 für Führerschule
und 5 für Abitur, Ingef. 82. — Anerkennungen aus ersten
Kreisen. — Vorgügliche Empfehlung der Schüler. — Prosp.
nach Vorlage des letzten Zeugn. ! Reform-Institut, Kohl a. Rh.

Kriegs-Trauerbildchen
als
Andenken an Gefallene
in verschiedenen Mustern vorrätig
und mit Eindruck sofort lieferbar.
Buchdruckerei des
Rheingauer Bürgerfreund
Oestrich am Rhein.

**Arbeiter u.
Arbeiterinnen**
nimmt ständig an
Chemische Fabrik, Winkel.

Junges Mädchen,
aus guter Familie, kann unter
günstigen Bedingungen sofort
oder später die
Zahn-Technik

erlernen.
Wo, zu erfragen in der
Expedition dieses Blattes.

Leipziger Pelze
Prachtvolle Alaska- u. Blau-
fuchs-Garnituren, auch ein-
zelne Kragen und Mäße billig
zu verkaufen bei
A. Pietsch, Frankfurt a. M.,
Braunheimerstraße 21, part.

Eine schöne, junge, hoch-
trägliche
Kuh
die anfangs Februar zum
zweitenmale kalbt, zu verkaufen.
Näh: im Verlag des Bl.

Mitteilungen
liefert Adam Etienne, Oestrich.

Weinbergs-Arbeiten
gegen hohen Lohn zu vergeben.
Jacob Herz,
Winkel im Rheingau.

Für 1. April
Lehrling
gesucht.
Firma C. Höhl, Etschke.

Tätiges
Mädchen
für den Haushalt bei gutem
Lohne und guter Behandlung
zum 1. Februar gesucht.
Niederwalluf, Schöne Aussicht 9.

Ein tüchtiger zuverlässiger
Fuhrmann
sofort gesucht.
Königl. Prinzl. Administration
Erbach-Rheingau.